

Stuttgarter Erklärung

Jüdisches Leben stärken – Gemeinsam gegen Antisemitismus

Erklärung der Sprecherinnen und Sprecher für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus der CDU/CSU-Fraktionen in Bund und Ländern · Stuttgart, 1. und 2. Oktober 2026

Jüdisches Leben fühlt sich in Deutschland oft nicht mehr sicher. Jüdische Studentinnen und Studenten überlegen, das Land zu verlassen. Viele fragen sich, ob sie Kippa oder Davidstern noch offen tragen – auf dem Schulhof, im Hörsaal, in der S-Bahn.

Drei Jahre ist es her, dass die Hamas am 7. Oktober 2023 rund 1.200 Menschen ermordete und mehr als 250 Geiseln verschleppte – so viele Jüdinnen und Juden wie an keinem Tag seit der Shoah. Wir verurteilen diesen Terror ohne jedes Aber. Das Existenzrecht Israels ist für uns nicht verhandelbar.

Am meisten alarmiert uns das Schweigen: Viele Betroffene melden Vorfälle nicht mehr, weil sie dem Staat nicht mehr zutrauen, sie zu schützen. Antisemitismus kommt von links, von rechts, aus dem Islamismus – und leider auch aus der Mitte der Gesellschaft. Wir messen alle mit demselben Maß. Für die CDU Baden-Württemberg heißt das: **Rote Linien statt Rotes Rathaus.** Wer Antisemitismus bekämpfen will, holt ihn nicht in die Regierung – auch nicht ins Berliner Rote Rathaus. Jüdinnen und Juden fragen: Wie lange noch? **Unsere Antwort sind Taten – mit Herz und Weitsicht.**

1. Begegnung ermöglichen. Begegnung fördern.

Vorurteile überleben selten die erste echte Begegnung. Lange vor 1965 packten junge Deutsche in Kibbuzim mit an, Forscher beider Länder arbeiteten zusammen. Die israelische Botschaft in Berlin hält fest, dass der Weg zu den diplomatischen Beziehungen „insbesondere durch zivilgesellschaftliches Engagement geebnet“ wurde. Vor Corona hatte fast jede zehnte berufliche Schule in Baden-Württemberg eine Partnerschaft mit Israel. Pandemie, 7. Oktober und Iran-Krieg haben diese Brücken stillgelegt – aber nicht abgerissen. Wir setzen uns dafür ein, sie wieder mit Leben zu füllen:

- **Schulen:** Partnerschaften reaktivieren, Schüleraustausch und Jugendbegegnungen ausbauen, jüdische Gemeinden vor Ort besuchen – nicht nur Gedenkstätten.
- **Lehrkräfte:** Austausch in Aus- und Fortbildung, fachlich auf Augenhöhe, etwa zu Innovation im Bildungswesen. Landeszentralen, Fortbildungsinstitute und Hochschulen bieten Antisemitismusprävention verbindlich an.
- **Polizei, Justiz, Verwaltung:** Antisemitismus gehört fest in Aus- und Fortbildung – in Baden-Württemberg wirken dabei zwei Polizeirabbiner mit, die jüdisches Leben vermitteln und Ansprechpartner für die Beamten sind. Die stark nachgefragten Yad-Vashem-Partnerschaften von Polizei und Kultusministerium in Baden-Württemberg empfehlen wir allen Ländern.
- **Gesellschaft:** Städtepartnerschaften stärken und eng mit ihren Koordinatoren vernetzen; Studierendenaustausch und Begegnungen junger Politiker ausbauen.
- **Jüdisches Leben sichtbar machen:** Israel und jüdisches Leben sind mehr als Krise und Erinnerung. Sie stehen für Lebensfreude und Kultur, für Innovation, Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung und eine lebendige Zivilgesellschaft. Diese Vielfalt holen wir mit Veranstaltungen und Begegnungen ins Herz der Demokratie – in Baden-Württemberg auch mit dem Jüdischen Forum der CDU.
- **Finanzen:** Mehrjährig und flexibel, damit Austausch auch bei Reisewarnungen möglich bleibt; verlässliche Mittel für Gedenkstätten. Mit einer eigenen Initiative setzt sich die CDU-Landtagsfraktion dafür ein, Begegnungen und Reisen von Schulleitungen zu fördern.

2. Hinschauen, melden, handeln

- **Meldewege stärken:** Die Meldewege für antisemitische Vorfälle sollen prominenter aufgestellt und auf ihre Stringenz überprüft werden.
- **Dunkelfeld ausleuchten:** Ansprechpartner in Schulleitungen, Schulämtern und allen anderen Bereichen sollen so fortgebildet werden, dass sie Antisemitismus wahrnehmen, benennen und

handeln. Die Zahlen der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) sind nur die Spitze des Eisbergs.

- **Konsequent verfolgen:** Sicherheitsbehörden erfassen das Tatmotiv genauer; antisemitische Hasskriminalität wird schnell und spürbar geahndet. Wer Davidsterne oder israelische Fahnen verbrennt, greift Juden an.
- **Integration ernst nehmen:** Wer hier heimisch werden will, erkennt Deutschlands Verantwortung gegenüber jüdischem Leben an. Die Anerkennung des Existenzrechts Israels ist Voraussetzung für die Einbürgerung.

3. Die IHRA-Definition verbindlich verankern

Die Arbeitsdefinition Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) ist der internationale Maßstab und erfasst auch israelbezogenen Antisemitismus. Sie muss dort gelten, wo über Finanzen, Räume und Hausrecht entschieden wird:

- **Landeshaushaltsordnung:** Eine rechtssichere Antisemitismusklausel – kein Steuergeld für Träger, die Antisemitismus verbreiten oder dulden.
- **Hochschulen:** IHRA als Grundlage für Hausrecht, Raumvergabe und Ordnungsmaßnahmen; Antisemitismusbeauftragte an allen Hochschulen, die die Akzeptanz der offiziellen Vertretungen der jüdischen Gemeinden genießen.
- **Förderrichtlinien und Kommunen:** IHRA als Förderbedingung; Kommunen verankern sie bei der Vergabe von Hallen und Räumen.
- **BDS:** Die Boykottkampagne „Boycott, Divestment and Sanctions“ (BDS) gegen Israel ist antisemitisch; der Landtag von Baden-Württemberg hat sich mit einem Beschluss klar gegen BDS gestellt. Boykottaufrufen gegen israelische Waren, Forscher und Künstler treten wir entschlossen entgegen.

Jetzt verankern, was trägt

Die Berichte aus Berlin und den ostdeutschen Ländern mahnen: Gestaltungsspielräume sind kein Dauerzustand. Wo heute stabile Mehrheiten der Mitte bestehen, nutzen wir sie, um in Gesetzen und Strukturen zu verankern, was auch dann trägt, wenn die Ränder stärker werden. Wer jüdisches Leben ablehnt, die Erinnerung an die Schoah als „Schuld kult“ verhöhnt oder Israels Existenzrecht bestreitet, stößt auf unseren entschiedenen Widerstand. Wir bringen diese Erklärung in unsere Fraktionen ein, laden die Kommunen ein, sich anzuschließen, und ziehen bei der nächsten Tagung Bilanz.

Jüdisches Leben braucht keine Sonntagsreden, sondern Schutz, Rückhalt und Menschen, die handeln.

Stuttgart, 8. Oktober 2026